



Belgien: Haft nach islamischem „Exorzismus“

☒ Mit dem Begriff „Exorzismus“ verbindet man für gewöhnlich die katholische Kirche und das Christentum. Doch auch im Islam existiert die Teufelsaustreibung offenbar – und zwar in besonders brutaler Form. Ein belgisches Gericht hat kürzliche mehrere Moslems, die ihr Opfer bei einem derartigen Ritual zu Tode quälten, zu Gefängnisstrafen verurteilt.

„Die Presse“ [berichtet](#):

Mehrjährige Haftstrafen für tödlichen Exorzismus: Weil sie eine junge Frau zu Tode gequält haben, hat ein Gericht im belgischen Brüssel sechs Menschen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Mann des 23-jährigen Opfers muss wie einer seiner Mittäter für neun Jahre hinter Gitter.

Die übrigen Beteiligten erhielten Haftstrafen von drei und fünf Jahren auf Bewährung, wie die belgische Nachrichtenagentur Belga berichtete. Die Staatsanwaltschaft hatte bis zu fünfzehn Jahre Haft gefordert.

Die junge Frau war im August 2004 verstorben, nachdem die Täter sie stundenlang gewürgt, unter Wasser getaucht und geschlagen hatten. Vier der Angeklagten hatten die Richter bereits in der vergangenen Woche der Tötung schuldig gesprochen, zwei der ausgeübten Folter.

Die drei Männer und drei Frauen misshandelten die junge Frau bei einem islamischen Ritus der „Entzauberung“. Erst nachdem sie mehrere Stunden lang bewusstlos gewesen war, riefen sie den Rettungsdienst.

Da scheinen katholische Exorzisten doch die bessere Wahl zu sein...



Hans -Werner Sinn über Staatsverschuldung

☒ Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, seines Zeichens Präsident des Münchener Ifo-Instituts, gehört zu den klügsten Köpfen, welche die Bundesrepublik aufzubieten hat. Der Ökonom und Sachbuchautor war nach der Fukushima-Kernschmelze auch [einer der wenigen Kritiker](#) der aufziehenden Anti-Kernkraft-Hysterie. Bei der 63. Ifo Jahresversammlung Ende Juni hielt Sinn einen sehenswerten Vortrag zum Thema „Staatsverschuldung und Generationengerechtigkeit“, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

» DMN: [„Schuldenstaat: Zinsen sind bereits der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt,“](#)

Hamburg: Neuer „Ehrenmord“?

☒ Ende einer Vermisstenfahndung: Die seit Mittwoch vermisste Afghanin Freshta Akhundzada ist tot. Ein Spaziergänger fand die Leiche der 30-jährigen an einem Hamburger See. Beim Täter soll es sich um den 32-Jährigen Freund des Opfers, einen Iraner, handeln. Der Mann sitzt inzwischen in Untersuchungshaft und ist umfassend geständig. Ob es sich um einen sogenannten „Ehrenmord“ handelt, müssen die weiteren Ermittlungen zeigen.

Die „BILD“-Zeitung [schreibt](#):

Die Vermisste Freshta Akhundzada (30) ist tot. Sie wurde ermordet! Dringend tatverdächtig ist ihr eigener Lebensgefährte (32)!

Donnerstag hatte er Freshta bei der Polizei als vermisst gemeldet. Sie sei verschwunden als sie am Vorabend eine Freundin besuchen wollte, erzählte er den Beamten der örtlichen Polizeiwache.

Gruselig: Noch am Wochenende hängte der Mann in Poppenbüttel Suchplakate auf, mimte den verzweifelten Freund.

Zeitgleich entdeckte nur drei Kilometer von der gemeinsamen Wohnung entfernt ein Spaziergänger am Hummelsee an der Glashütter Landstraße das Bündel mit Freshtas Leiche im Gebüsch.

Die hübsche Afghanin arbeitete im Lebensmittel-Laden ihres Vaters. Dort betrieb sie einen Post-Schalter.

Sie lebte seit mehr als zwei Jahren mit ihrem Partner, einem Iraner, zusammen. Erst vor sechs Monaten brachte sie einen

kleinen Jungen zur Welt.

Erst am Donnerstag hatte ein Moslem im baden-württembergischen Lauffen seine Ex-Freundin erstochen ([PI berichtete](#)).

7,5 Jahre Haft für Kopftreter Mehmet D.

✘ Er traktierte einen am Boden liegenden Polizeibeamten mit Fußtritten gegen den Kopf. Im anschließenden Prozess berief er sich auf „Notwehr“. Nun hat das Berliner Landgericht Mehmet D. (Foto) zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten wegen versuchten Totschlags verurteilt.

Der „Berliner Kurier“ [berichtet](#):

Als Einbrecher prügelte er einen Polizisten (42) halb tot: Mehmet D. (24). Mit wuchtigen Tritten zertrümmerte er René B. das Gesicht. Er wollte sich mit „Notwehr“ rausreden. Doch das Urteil: Siebeneinhalb Jahre Haft und 22 000 Euro Schmerzensgeld.

Der Richter: „Es war ein versuchter Totschlag.“ Denn wer so gegen den Kopf eines Menschen tritt, dem sei es egal, ob der andere das überlebt. Mehmet D., ein gescheitelter Typ mit Brille, fassungslos. Er wollte alles auf das Opfer schieben: „Er warf mich zu Boden, gab sich nicht als Polizist zu erkennen, ich wehrte mich in Panik.“

Mehmet D. war in der Nacht zum 8. Dezember 2011 mit zwei Komplizen unterwegs. Sie hatten schon früher gemeinsam krumme Dinge gedreht. Diesmal hatten sie es auf einen Getränkemarkt an der Hasenheide in Neukölln abgesehen. D. sollte Schmiere

stehen.

Polizist B. hatte D. im Blick, wollte ihn festnehmen. Dann die Prügelorgie. Ob D. ihn als Ordnungshüter erkannte, ist aus Sicht des Gerichts nicht entscheidend. Der Richter: „Die Tritte waren Ausdruck von Wut gegen einen, der ihn störte.“ Mit etlichen Brüchen im Gesicht kam René B. in die Klinik. Er ist bis heute dienstunfähig.

Für deutsche Verhältnisse sicher ein akzeptables Urteil.

» Tagesspiegel: „[Polizisten niedergetreten – Hohe Haftstrafe für Dieb](#)„

Zwangsabgaben haben WELT aufgeweckt

Die drohenden Zwangsabgaben für „Reiche“ haben offenbar die WELT aufgeweckt. Seit zwei, drei Tagen erscheinen endlich einmal wieder ein paar vernünftige Artikel zu Wirtschaft und Finanzen, zu Steuern und Abgaben. [Hier etwa Andrea Seibel mit ihrem Kommentar in der heutigen WamS oder ganz aktuell: Firmen drohen bei Reichensteuer mit Abwanderung](#). Daß diese Einschätzung richtig ist, zeigen auch Leserkommentare in der WELT, wo es etwa heißt. warum jetzt erst. Und genau da liegt der Kern des Problems!

Konservativ-parteiische und kapitalistisch gesinnte Medien mit einer erkennbaren Gesinnung und marktwirtschaftlichen Richtlinien fehlen. Wir haben nur noch Mainstreammedien, die mehr oder minder links stehen. Das Irrlicht Schirmmacher, seines Zeichens FAZ-Chef, ist nach rot umgeschwenkt, Sahara

Wagenknecht (Linkspartei/SED) darf inzwischen [ihre kommunistische Sicht der Dinge](#) dort absondern. Schirmmacher denkt ähnlich verwirrt. Solche Artikel rufen geradezu nach Widerspruch in einem anderen Blatt, aber da tut sich nichts. Jede Meinung ist gleichberechtigt, keiner wird widersprochen.

Es geht nicht um Zensur, im Gegenteil, Zeitungen, die sich gegenseitig bekämpfen, wären ein Segen für das Land. Aber wenn in allen Blättern gleich „richtig“ dasselbe zur Auswahl steht, wird die Gesellschaft immer dümmere, schon weil es keine Diskussion mehr gibt. So ähnlich wie die Linken pausenlos „soziale Gerechtigkeit“ trompeten, genauso pausenlos müsste eine konservative Zeitung diese Schimäre angreifen. So pausenlos die beliebte Nazikeule eingesetzt wird, so pausenlos müsste eine andere Zeitung die DDR-Keule und den Kommunisten-Terror bringen. So pausenlos die Politik immer mehr die wirtschaftliche Freiheit einschränkt, so pausenlos müsste eine Zeitung jeden Versuch niedermachen.

Was passiert aber? Morgen kommt wieder eine Studie eines dubiosen NGO-Saftladens oder der dämlichen OECD, daß die Reichen immer reicher werden, daß die Bildungschancen ungleich verteilt, die Migranten benachteiligt seien, und wie die ewig gleiche Litanei ewig gleich gesungen wird, und schon steht in der ganzen BRD dieser Käse unkommentiert als Wahrheit drin – überall und eben auch in der WELT. Kein einziges Blatt fühlt sich bemüßigt, diesen Lügenmärchen mal nachzugehen und sie anzuprangern. Das Ergebnis sieht dann beim geistig behinderten Teil der WELT-Leser so aus wie bei Hermann S.:

Ist doch klar, die ganzen Bonzen haben das ganze geld nur weil sie andere ausgebeutet haben der kleine mann braucht doch keine steuern auf vermögen zu fürchten. ich finde die banker gehören bestraft – kein mensch braucht mehrere häuser oder autos. ich würde es gut finden wenn man die krisennutznießer zur kasse biten würde. es ist offensichtlich das durch die bankenkrise wieder nationalistische tendenzen hier in D zu tage kommen und man griechen und südland

feindlich ist!!!

Oder bei Bernhard:

Es ist schon richtig. Wie entsteht Reichtum (Ausser man gewinnt ihn oder erbt ihn)? Zunächst mal gibt es die Möglichkeit ein Unternehmen zu gründen. Da gibt es 2 Wege reich zu werden: Entweder, ich bezahle Hungerlöhne und bereichere mich an der Belegschaft, oder ich verkaufe überteuerte Produkte / Dienstleistungen und schröpfe die Kundschaft. Also Reichtum ermöglicht, wenn ich andere nicht fair bezahle, bzw. die Kunden ausbeute. Anders ist Reichtum nicht zu erhalten. Noch kein Mensch ist mit anständiger Arbeit reich geworden.

Allein an diesen zwei Kommentaren sieht man, daß die WELT etwas falsch gemacht hat, seit Springer tot ist!

Me!kkuh Deutschland

☒ Erwin Grandinger hat in der Welt ein vollkommen logisch aufgebautes Szenario der Weiterentwicklung der Schuldenkrise in der Eurozone beschrieben. Wer bis jetzt noch nicht wußte, warum Zehntausende Landsleute in Karlsruhe gegen den ESM klagen, sollte sich damit beschäftigen. Auch im Sinne der Krisenvorsorge empfehlen wir diesen Artikel, denn er zeigt, worauf man vorbereitet sein sollte:

Investieren in Zeiten der Unsicherheiten ist problematisch für jeden Privatanleger. Der Politik und den Märkten ist die Berechenbarkeit verloren gegangen, eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Anlegen. Trotz des momentanen

Durcheinanders kann man Szenarien entwickeln.

Hier ein mögliches: Um sich vor ungebetener Kritik taktisch abzusichern, wird das Bundesverfassungsgericht nur nach längerem Nachdenken im September die Eilanträge gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Fiskalpakt zurückweisen.

Der ESM tritt umgehend Anfang Oktober in Kraft. In der Zwischenzeit sind die Zinsen für spanische und italienische Anleihen mit langen Laufzeiten über sieben Prozent gestiegen. Beide Staaten beantragen sofort Hilfe durch den ESM.

Weil dann insgesamt sechs EU-Krisenstaaten ausfallen, muss Deutschland deren Anteil im ESM übernehmen. Berlins ESM-Haftungshöhe steigt damit wie vertraglich vorgesehen von 27 Prozent auf knapp 64 Prozent des 700-Mrd.-Fonds, dem ab 2013 noch die 440 Mrd. Euro der EFSF zugerechnet werden.

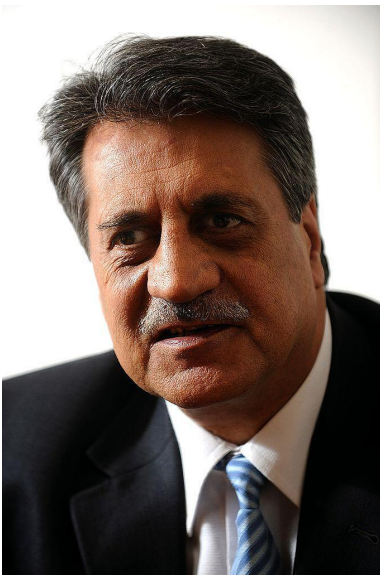
Viele Bundestagsabgeordnete sind überrascht, dass Deutschland jetzt für zwei Drittel der 1,14 Billionen Euro des ESM/EFSF-Gesamtkapitals haftet. Dazu kommen noch die Rettungspakete für Griechenland, Irland und Portugal.

Parallel dazu ziehen sprunghaft die Außenstände der Bundesbank im Target-2-System an: EU-Zentralbanken schulden der Bundesbank (damit dem deutschen Steuerzahler) im Juni 728 Mrd. Euro (699 Mrd. im Mai). Allein Spaniens Target-2-Verbindlichkeiten stiegen im Juni um 63 auf 408 Mrd. Euro.

[Weiter bei der Welt](#)



Sind Mazyek und Kolat zu toppen?



Schwer zu sagen, wer den Meister der Takkya abbekommen hat: Deutschland mit Aiman Mazyek und Kenan Kolat oder Österreich mit Fuat Sanac (*Foto*). Sanac, kommt aus Harput in der Türkei und ist seit 2011 Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich. Erich Kocina hat ihn für DiePresse.com interviewt und ein aufschlussreiches Repertoire an Antworten zutage befördert. Kostproben:

Das Verhalten von Muslimen zu einem Staat muss loyal sein, wenn sie alle Rechte haben.

In ein paar Jahren wird man nicht mehr über Integration sprechen, sondern über Sozialprobleme, weil die Muslime dann Österreicher sind.

Man hat immer wieder gesagt, dass die Muslime Deutsch lernen

müssen – aber man sieht, dass es gar nicht um Sprache geht. Viele Jugendliche, die im Gefängnis sind, haben keine Sprachprobleme.

Das hat weder etwas mit dem Islam noch mit der Sprache zu tun. Man spricht von Hasspredigern – die sprechen fließend Deutsch.

In jeder Religion gibt es Mörder.

Egal, was irgendwo passiert ist, mussten sich die Muslime hier entschuldigen. Das ist doch unlogisch und unmenschlich.

Die IGGiÖ ist zuständig für die österreichischen Muslime. Wir sind weder Anwalt noch Vertreter der Muslime der Welt.

Nun war kürzlich Hassan Mousa, ein Mitglied des Schurarats, in Gaza und hat zur Gefangennahme israelischer Soldaten aufgerufen.

Er hat nicht im Namen der IGGiÖ gesprochen. Er hat dort ein Interview für einen persischen Sender gegeben, da hat er 15 Minuten gesprochen. (...) Rechtlich gesehen hat er gesagt, in einem Land Soldaten gefangen zu nehmen, ist ein Recht. Gibt es keine Meinungsfreiheit?

- » Graphik mit Zahlen zur [Islamisierung Österreichs](#)
- » [OÖ-Nachrichten](#): Fuat Sanac – Vom Boxer zum Präsidenten

Berlin: 1 Mio Euro für

Romakinder - Impfung



In diesem Jahr wurden 823.770 Euro für dringend notwendige Schutzimpfungen der nicht versicherten Zigeunerkinder in Berlin bereitgestellt. Ob das ausreicht, ist nach Aussage des Senats „derzeit nicht abschließend prognostizierbar“. *Im Vorjahr lag das Budget bei 1.207.908 Euro, [berichtet die Berliner Morgenpost](#)*. Das ist aber nur für die Impfung der Kinder, nicht für alles andere wie Sozialhilfe, Dolmetscher, Polizei, Knastkosten etc.! Dilek Kolat, die Frau des Türken-Lobbyisten Kenan Kolat, die von den rotgrünen [Mauschlern zur Integrations-Senatorin](#) gemacht wurde, hat Größeres vor: sie hat eine „Roma-Strategie“ vorgelegt.

Die [BZ berichtet](#):

Denn es gebe, schreibt Frau Kolat, „auch bei uns Vorbehalte und eine sogenannte Zigeunerfeindlichkeit (Antiziganismus)“. Es gehe darum, „unsere Berliner Gesellschaft“ für Roma „zu öffnen.“ ... Ziel soll es sein, dass alle Roma, die nach Berlin kommen, im selben Umfang Arbeit, Wohnung, Bildung und Gesundheitsversorgung bekommen wie die hier ansässigen Berliner.

Nun gibt es zwar eine Niederlassungsfreiheit in der EU, aber nirgends steht, daß man jeden EU-Ausländer, der nichts arbeitet, in Berlin oder sonstwo kostenlos durchfüttern muß. Auch steht nirgends, daß man Einwanderer erst ausbilden muß, was bei Zigeunern sowieso völlig vergebliche Liebesmüh ist. Meist sind sie nach wenigen Wochen wieder verschwunden, betteln [und stehlen woanders](#) oder schicken ihre Frauen auf den Strich, was durchaus auch vorkommt.

Momentan sollen in Berlin circa 20.000 Zigeuner aus Bulgarien und Rumänien leben. Wieviele aus Albanien, Serbien, Ungarn und

der Slowakei, das wissen die Lokalblätter nicht, und die frischgebackene Zigeuner-Lobbyistin Dilek (SPD) auch nicht. Ihre geistigen Anstrengungen, was die „Roma-Strategie“ angeht, haben sich ebenfalls in Grenzen gehalten. Schon der Titel [ist hier bei der EU](#) abgeschrieben! Bleibt das Resultat: Einwanderer lassen den steuerzahlenden deutschen Michel zugunsten anderer Einwanderer bluten – ein inzwischen bekanntes Muster. Er wird ja auch „bereichert“.

Das Foto oben aus Rumänien ist der Beweis, daß das osteuropäische Land bei seiner Aufnahme in den Brüsseler Club wirtschaftlich total EU-kompatibel war und alle Voraussetzungen immer erfüllt hat.

Klonovsky: Leben wir in Zeiten ohnegleichen?

Chamfort berichtet in einer seiner Anekdoten, Madame de Rochefort sei gefragt worden, ob sie Lust hätte, die Zukunft im voraus zu wissen. „Nein“, habe die lebenskluge Dame erwidert, „sie ist der Vergangenheit allzu ähnlich.“ Diese Antwort bringt eine Weltsicht zum Ausdruck, die man heute konservativ nennen würde – nämlich dass immer die gleichen Spiele gespielt werden, wenn auch in wechselnden Kostümen –, und zwar in einer Zeit, als es den Begriff „konservativ“ vermutlich noch gar nicht gab. Madame de Rocheforts Worte beschreiben eine Überzeugung, die jahrhundertlang galt, weil sie empirisch immer wieder neu bestätigt wurde. Allerdings fallen diese Worte am Vorabend der welthistorischen Zäsur, mit welcher der Versuch anhebt, sie von grundauf zu widerlegen.

Die Rede ist, natürlich, von der Französischen Revolution. Es

gab, im Zusammenspiel mit der sie begleitenden industriellen Revolution, keinen tieferen Bruch in der Geschichte. Damals begann sich alles umzukehren, was bis dahin galt, und heute sind die „Ideen von 1789“ zumindest in der westlichen Welt Gemeingut, übrigens auch bei den meisten, die sich für konservativ halten. Es handelt sich bei diesen „Ideen“ um ein Konglomerat von Glaubensartikeln, die bekanntlich eine ungeheure welthistorische Karriere hingelegt haben. Die fundamentalsten sind der Glaube an die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Menschen, an die Demokratie als bester aller Staatsformen und an die Notwendigkeit permanenter Emanzipation, die notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden muss, auf dass der gesellschaftliche Fortschritt nimmer ende.

(Die Fortsetzung [dieses anspruchsvollen Essays aus dem EF-Magazin von Michael Klonovsky](#) ist hier! Bei Interesse kopieren! Immer wieder verschwinden solche Texte online auf Nimmerwiedersehen. Allfälligen Analphabeten, falls sie bis hierher vorgedrungen sind, wird von der Lektüre abgeraten. Sie werden ratlos zurückbleiben.)

Gipfelkreuz von Zugspitz-Flyer entfernt



Arabische Touristen haben mittlerweile auch Garmisch und die Zugspitze für sich entdeckt. Dort freut man sich über das zahlungskräftige Klientel und tut alles, damit sich die Rechtgläubigen wohlfühlen. So hat man auf Deutschlands höchstem Berg bereits einen Gebetsraum und Toiletten nur für Moslems eingerichtet. Der sprichwörtliche Gipfel der Selbstverleugnung und rückgratlosen Unterwerfung unter die islamische Intoleranz lieferte man aber jetzt mit einem Werbeprospekt für Araber, auf dem das Gipfelkreuz der Zugspitze entfernt wurde. In der TV-Sendung „quer“ des Bayerischen Fernsehens wurde dies am vergangenen Donnerstag süffisant dargestellt.

(Von Michael Stürzenberger)

Man beachte den Studio-Hintergrund in der Anmoderation von Christoph Süss, bei dem die BR-Designer auf der Zugspitze bereits vorausschauend einen Halbmond angebracht haben. Dies ist dann Schritt drei der vorseilenden Unterwerfung: Erst wird das Kreuz auf Werbeprospekten entfernt, dann real vom Gipfel abgenommen, um schließlich in Phase drei den Halbmond zu montieren. Diese erbärmliche Aktion der öldollargeilen Garmischer Tourismusmanager ist ein Ausblick auf den künftig zu erwartenden Ausverkauf deutscher Werte, Kultur und Überzeugungen an die Finanzkraft der islamisch-arabischen Welt.

Hier der sehenswerte TV-Bericht von quer:

Es ist eine himmelschreiende Schande, was sich Herr Schanda von der Bayerischen Zugspitzbahn und Herr Ries von der Tourismusdirektion Garmisch-Partenkirchen da geleistet haben. Über Mitteilungen, wie nun potentielle nichtmoslemische Touristen diese Unterwerfungsgeste beurteilen und möglicherweise ihre Urlaubsplanung entsprechend (um)gestalten, freut man sich bestimmt unter:

» tourismusdirektion@gapa.de

» zugspitzbahn@zugspitze.de

Die Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT hat jedenfalls schon eine Kundgebung in Garmisch in Vorbereitung, um der Bevölkerung einen Einblick zu geben, an welch religiös-politisch-weltanschaulichen Überzeugungen die Tourismusmanager ihre Seele verraten.

PS: Diese beiden schwarzen Gestalten stören sich offensichtlich nicht am Gipfelkreuz auf der Zugspitze..



(Videobearbeitung: theAnti2007)



Syrien, Kriegstreiber wie Erdogan und BILD und wer ist schuld an Massakern



Ein neues Massaker!? „Wie lange wird die Welt noch zusehen“, [titelte BILD gestern](#), das zu den Hauptkriegstreibern gegen Syrien in der deutschen Journaille zählt, und übernahm dabei ungeprüft die Zahlen und Aussagen der „Rebellen“ über ein neues Massaker. Und BILD ist in der dummen Journaille nicht allein. Dazu kommen Politiker wie [der Leichtmatrose Westerwelle](#), der ebenfalls mit seinem 6000 Mann starken Außenministerium voll auf die Propaganda der bewaffneten syrischen Opposition (Foto) abfährt. Aber da fängt es doch schon an: Warum ist die Opposition bewaffnet? Ist es normal, daß die Opposition bewaffnet ist?

Assad mag vieles sein, aber er ist nicht so blöd wie die deutschen Medien! Was hätte er von einem Massaker um des Massakers willen? Er weiß doch, wie die Weltöffentlichkeit darauf reagiert! Ehrenhalber muß man die FAZ ausnehmen. Sie hat schon bei den Toten von Hula die Version der Opposition erheblich angezweifelt und jetzt [auch in Tremseh!](#) Ist doch auffällig, daß diese Vorfälle immer passieren, wenn in der UNO gerade verhandelt wird. Und kaum passiert etwas, hat die

Opposition das passende blutige Filmchen für den Westen, übertreibt die Opferzahlen nach oben und betreibt, was Todenhöfer [„Massaker-Marketing genannt](#) hat.

Zweifel an der Version der syrischen Oppsition hegt die BBC, wie [die badische Zeitung](#) berichtet, und [die New York Times](#), [die](#) von einem Zusammenprall der regulären syrischen Armee und der bewaffneten Opposition ausgeht. Was erwartet man von einem diktatorischen Regime, wenn die Opposition bewaffnet ist? Zweifel an der Alleinschuld Assads haben auch die Leser der ZEIT, wenn man [ihre Kommentare anschaut](#).

Und da ist noch einer, der in Syrien Unheil anrichtet: der sunnitische oberste türkische [Kriegstreiber Erdogan](#)! Wie wild hat die Türkei auf den angeblichen Abschluß ihres Kampffliegers reagiert. Nun steht sogar dort in den Zeitungen, daß er [wahrscheinlich nur abgestürzt](#) ist. Das hindert die Türkei aber nicht daran, die syrische Opposition immer mehr zu bewaffnen, genauso wie Katar und Saudi Arabien! Die USA schauen wohlwollend zu und haben wahrscheinlich Spezialeinheiten im Land. Frankreich will auch wieder mitmischen, keinen interessiert es, was angerichtet wird. Die Christen in Syrien stehen Todesangst aus:

Der in Damaskus residierende melkitische Patriarch Gregorios III. Laham beklagte in einem Interview für die Würzburger „Tagespost“ (Donnerstag) die ausländische Einmischung in seinem Heimatland. „Hände weg von Syrien, dann sind wir gerettet“, die Syrer seien „fähig, miteinander zu leben“, so Laham. Europa habe Mitschuld an dem Blut, das jetzt in Syrien fließe. „Unsere Christen werden getötet durch das Chaos. 250 sind bereits gestorben, nicht durch den Islam, sondern durch das Chaos. Nachbarn, die jahrtausendlang nebeneinander gelebt haben, erkennen plötzlich nicht mehr, dass der Bruder ein Bruder ist“, berichtete der Patriarch.

Er könne mit Sicherheit sagen, dass die Christen, die getötet wurden, „nicht von einheimischen, sondern von ausländischen

Muslimen umgebracht wurden“, beteuerte der mit Rom unierte ostkirchliche Religionsführer: „Fremde Kräfte schüren den Hass.“

Kritik übte Laham, dass es aus der EU kein Wort der Anerkennung für die neue syrische Verfassung gebe, „die ein Schritt vorwärts ist“: „Warum nur ein blindes Ja für die Opposition? Europa muss die Lage ein wenig differenzierter betrachten und offene Augen haben.“

Auf [solche Stimmen aus dem Land hört der Westen](#) nicht. 40.000 Flüchtlinge sind schon aus Syrien geflohen. Wenn die sunnitische Opposition gewinnt, werden Alawiten, Schiiten und Christen abgeschlachtet. Wir werden leicht 100.000 syrische Flüchtlinge kriegen. Das wollen BILD, die amerikanische, deutsche und französische Politik und alle, die in ihrer Verblödung nicht erkennen (wollen) oder weglügen, daß in einem Krieg oder Bürgerkrieg als erstes die Wahrheit stirbt!

München: Prügelei in Moschee



Die Süddeutsche Zeitung hat Mitte Juni in dem Artikel „Machtkampf in Moschee“ über erstaunliche Vorgänge in einer afghanischen

Moscheegemeinde in München berichtet. Ein Afghane mit deutschem Pass soll nach dem Freitagsgebet (!) einem Mitarbeiter des Bayerischen Roten Kreuzes, ebenfalls einem Passdeutschen aus Afghanistan, mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben, so daß der Mann zu Boden stürzte. Hintergrund ist laut SZ ein lang anhaltender Streit zwischen Anhängern des Imams, dem „Verfehlungen im Privatleben“ vorgeworfen werden, und seinen Gegnern.

(Von PI München)

Es wird auch gemutmaßt, dass radikale Muslime die Imam-Affäre benutzen wollten, um die Moschee zu übernehmen. Ein Reporter von PI München war vergangene Woche vor Ort, um Fotos von der Moschee zu machen. Es dauerte nicht lange, da kamen aufgeregte Moslems aus dem Gebäude zu ihm herausgelaufen. Der Reporter, Inhaber eines Journalistenausweises, stand gegenüber der Moschee auf der anderen Straßenseite auf öffentlichem Grund.

Die aufgeregten Afghanen und Afghanischstämmigen gaben ihm erst einmal eine Belehrung über ihre Vorstellungen von deutschem Presserecht:

„Sie dürfen hier nicht fotografieren“

Die Rechtgläubigen wollten eine „schriftliche Anweisung“ sehen, wer ihn mit welchem Auftrag hergeschickt habe. Die ruhig vorgetragene Entgegnung, dass ein selbstständiger Journalist jederzeit Fotos für eine Reportage anfertigen könne, ließen sie nicht gelten.

Als er dann auch Fotos von den vier immer erregter werdenden Männern machte, von denen einer die Polizei anrief, schien die Situation zu eskalieren. Einer beleidigte den Reporter:

„Ich mache jetzt Fotos von ihrem dämlichen Gesicht“.

Schließlich erschien die Polizei und belehrte das aufgebrachte

Quartett, dass ein Journalist jederzeit fotografieren dürfe. Die Moslems akzeptierten dies aber nicht und wollten Strafanzeige gegen den Reporter stellen, auch wenn die Polizisten ihnen versicherten, dass dies zwecklos sei. Sie forderten dann, die Fotos zu löschen, ansonsten würden sie die Personalien des Reporters zur Erstellung einer Anzeige verlangen. Der Journalist bekundete, kein Interesse an der Bekanntgabe seiner Daten an diesen Personenkreis zu haben. Ein Polizist bemerkte hierzu:

„Das kann ich mir vorstellen.“

Nach langen Diskussionen löschte der Reporter dann die Fotos, auf denen Menschen zu erkennen waren. Die Polizisten konnten endlich abrücken, nachdem sie mehrfach angemahnt hatten, an diesem Tage auch noch anderes zu tun zu haben.



Skurril übrigens, dass direkt neben der Moschee ein Fleisch-Werbeplakat mit dem Slogan „Achten Sie auf dieses Zeichen“ und dem Hinweis „Geprüfte Qualität“ der Marketing-Agentur des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung steht. Ob die „geprüfte Qualität“ auch schon mit dem Schächten und der halal-Erzeugung abgestimmt ist?

Hier die wichtigsten Passagen aus dem ausführlichen SZ-Artikel „Machtkampf in Moschee“. Es beginnt mit einer Szene vor

Gericht:

Im Gerichtssaal sitzt dem Amtsrichter als Zeuge ein deutscher Staatsbürger gegenüber, geboren vor 52 Jahren in Kabul. Der Mann soll erzählen, was er nach einem der Freitagsgebete im November beobachtet hat in seiner Moschee in Berg am Laim. Hat der Angeklagte, ein afghanisch-deutscher Staatsbürger, einem Mitarbeiter des Bayerischen Roten Kreuzes, der ebenfalls einen deutschen und einen afghanischen Pass besitzt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen? „Es war ein gezielter Angriff“, sagt der BRK-Mann. Der angebliche Täter bestreitet das: „Ich habe nichts gemacht.“

Selbstverständlich nicht. Islam bedeutet ja schließlich auch „Frieden“ und hat „mit Gewalt nichts zu tun“.

Sicher ist nur, dass an jenem Novemberfreitag mal wieder emotionaler Ausnahmezustand herrschte in der Moschee der Exil-Afghanen. Dort stehen sich seit Herbst zwei Gruppen von Muslimen gegenüber: Hier die Anhänger des ehemaligen Imam, dort seine Gegner, sie nennen sich selbst „Opposition“. Im Zentrum des Konflikts steht der langjährige Vorbeter, der nach vielen Jahren im Amt seinen Posten räumen musste. Seine Gegner werfen ihm, dem Vorbild, moralische Verfehlungen im Privaten vor. Er habe Wasser gepredigt, sich selbst aber nicht mit Wasser begnügt. Eine seiner Grenzüberschreitungen: Der verheiratete Familienvater habe eine Beziehung zu einer anderen Frau gehabt, er heiratete sie nach islamischem Recht, nach islamischem Recht trennten sie sich später wieder. Die Imam-Anhänger dagegen sagen: Selbst wenn er Fehler gemacht hat – Privatleben ist Privatleben.

Was soll man auch einem Imam moralisch vorwerfen, wenn der Verkünder seiner „Religion“ als 54-jähriger Sex mit ~~einem Kind~~ seiner neunjährigen Ehefrau hatte, dazu wohl noch mit 12 weiteren Ehefrauen und vermutlich nochmal so vielen Sklavinnen? Es kommt aber noch besser in dem „Islamischen

Zentrum der Exil-Afghanen in Bayern e.V.:

Es tobt hier ein sehr irdischer Konflikt, der durch seine religiöse Dimension eine Kraft entfaltet, die Menschen zu zerstören droht. Einige Akteure sind übers Ziel hinaus geschossen: Üble Gerüchte gehen um, im Internet kursierten unsägliche Videos, und mancher fürchtet mehr als nur die Gewalt der Fäuste. Sogar der Verdacht wird gestreut, dass radikale Muslime die Imam-Affäre benutzten, um die Moschee zu übernehmen. Polizei und Verfassungsschutz dementieren dies ausdrücklich: Es lägen keine Hinweise auf Extremisten in dieser Moschee vor.

Diese Moschee in der Neumarkterstr. 70 im Münchner Stadtteil Berg am Laim, in der übrigens nur auf [Arabisch, Dari und Paschto](#) gepredigt wird, soll Anlaufstelle für tausende Exil-Afghanen aus München und ganz Bayern sein:

Die Moschee wird von einem Verein getragen, der sich „Islamisches Zentrum der Exil-Afghanen in Bayern“ nennt. Das unscheinbare Gotteshaus in der Neumarkter Straße ist Anlaufstelle für Tausende Afghanen. 4500 leben allein in München, viele reisen aus ganz Bayern an, vor allem für traditionelle Trauerfeiern. Unter den Moscheebesuchern sind Afghanen, die vor Jahrzehnten geflohen sind, und solche, die hier geboren wurden; es kommen isoliert lebende und gut integrierte Muslime. Der Migrationsdienst des BRK hat über Jahre Computer und Deutschkurse angeboten, für Kinder und Frauen verschiedener Nationalitäten und Religionszugehörigkeiten, finanziert durch das Integrationsprogramm der Bundesregierung. Doch die Unruhe im Verein gefährdet diese Arbeit, inzwischen hat sich das BRK zurückgezogen.

Wenn sich das nächstenliebende Rote Kreuz zurückzieht, hat das schon eine Menge zu bedeuten. Die Sprachkurse der Bundesregierung scheinen offensichtlich auch keine rechte

Wirkung erzielt zu haben, wie die abstrusen Szenen vor Gericht zeigen:

Ein paar seiner Gegner sitzen jetzt auf den Zuschauerplätzen im Gerichtssaal, als der Richter den Zeugen zu befragen versucht wegen des angeblichen Faustschlags, den ein Imam-Gegner einem Imam-Sympathisanten versetzt haben soll. Der Dialog zwischen Richter und Muslim gerät schnell ins Stocken, nicht nur, weil der Zeuge, Bauingenieur von Beruf, schlecht Deutsch spricht. Er wirkt nicht gerade auskunftsfreudig. „Es war ein bisschen unruhig“, beschreibt er die Stimmung damals in der Moschee. Stockend sagt er, dass er sich zu Privatem nicht äußern wolle, er meint wohl das Gegeneinander im Gotteshaus. In der Polizeivernehmung vor Monaten hatte er noch einen Faustschlag zu Protokoll gegeben, jetzt spricht er nur noch von einem Schlag mit der flachen Hand. Er windet sich.

Da kann dann auch schon einmal selbst der gutmütigst-toleranteste Richter ausrasten:

Plötzlich reicht es dem Gericht. „Jetzt hören Sie mal auf!“ Die Hand des Richters knallt auf den Tisch. „Jetzt hören Sie auf zu lügen!“ Es ist die deutsche Justiz, die nun emotional wird. Der Staatsanwalt macht mit: „Was stellen Sie sich denn heute so an?“ Der Zeuge beteuert, dass er nicht lüge, und murmelt was von „Missverständnis“. Der Richter, immer noch laut: „Sie drucksen umeinander.“ Er vermutet, dass ihm der Zeuge Wichtiges verschweige und fragt ihn, warum er so aufgeregt sei. Zeuge: „Ich bin nicht aufgeregt.“ Richter: „Aber doch, holla!“ Irgendwann darf der Zeuge gehen, und man rätselt, ob dem Richter einfach die Geduld fehlte angesichts einer strafrechtlichen Lappalie. Oder ob dies eine Demonstration der deutschen Justiz sein sollte, der es kaum gelingt, diese fremde Welt der afghanischen Muslime mitten in München zu durchdringen.

Hier hat wohl zwischendurch schon ein Scharia-„Friedensrichter“ intern für eine Lösung des Konfliktes nach islamischem Recht gesorgt. Nicht das erste Mal, dass die deutsche Rechtssprechung ausgehebelt wurde. Im Internet schien zuvor ein virtueller Kampf zwischen den verfeindeten Gruppen der Rechtgläubigen in voller Härte getobt zu haben. Der Imam soll sogar mit einem Tierkopf gezeigt worden sein:

Außerhalb des Gerichtssaals haben diverse Gemeindemitglieder großes Redebedürfnis, doch einige nur unter der Bedingung, dass ihr Name nicht auftaucht. Misstrauen und Angst sind allgegenwärtig. Der Kampf um die Moral in der Moschee wird längst als Schlammschlacht im Internet ausgetragen. Mehrere Videos auf Youtube mussten schon entfernt werden, kürzlich wurde ein neues Machwerk hochgeladen, auf denen beispielsweise auf den Körper des Imam Tierköpfe montiert sind. Mancher Imam-Gegner hat jedes Maß verloren.

Und siehe an, auch der Rechtsanwalt von Imam „Münchhausen“ Bajrambejamin Idriz hat hier offensichtlich seine Finger mit im Spiel:

Das sieht auch Hildebrecht Braun so, obwohl er dieses Lager unterstützt: „Das geht zu weit“, sagt der Rechtsanwalt zu den Videos. Der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete vertritt mehrere Muslime aus der „Opposition“ und ist unglücklich darüber, dass die Unruhe in der Moschee nach außen gedrungen ist. Weil solche Geschichten Wasser auf die Mühlen der extremen Islamgegner seien. Braun kennt sich aus mit deren Hasstiraden, seit er den Penzberger Imam Benjamin Idriz vertritt. Ob man, fragt der Anwalt, die Geschichten aus Berg am Laim wirklich berichten müsse. Würde er das auch fragen, wenn Vergleichbares in einer christlichen Pfarrei geschähe?

Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde der Herr Braun da nicht protestieren, sondern eher die investigative journalistische Arbeit loben. Aber wenn eine kritische Berichterstattung über

den Islam und seinen Schützling Idriz ansteht, da kann er auch schon mal [enormen telefonischen Druck](#) auf eine Verlagsleitung ausüben. Zurück zur Afghanen-Moschee: Sind zwei langbärtige Gegner des Imams womöglich Extremisten?

Das setzte den deutschen Ermittlungsapparat in Gang, sodass über Monate die Polizei in der Moschee ein und aus ging. Die Staatsschützer ermittelten, alarmiert von einer brisanten Behauptung: Die Gegner des Imam seien Radikale. Die Polizei aber sagt, nach monatelangen Ermittlungen: Nein, es gebe dort keine gefährlichen Extremisten. Dass zwei führende Imam-Gegner lange Bärte tragen, mache sie und ihre Gefolgsleute nicht automatisch zu Islamisten. Aber sehr emotional sei die Gemengelage schon.

Der Streit führte offensichtlich zu ständigen Polizei-Einsätzen, einmal sogar mit einer Hundertschaft:

Viele Vorwürfe gehen auf Videos und Tonaufnahmen zurück, die die Frau von ihrem damaligen Geliebten angefertigt hat, teils offen, teils heimlich. Als sie ihren Namen in den Schmutz gezogen sah, versuchte sie sich reinzuwaschen. Sie vertraute sich im Herbst Gemeindemitgliedern an, und recht schnell verlor sie wohl die Kontrolle über ihre Aufnahmen. Sie landeten auf Youtube. Der Gottesmann sieht seinen Ruf ramponiert – und das nicht nur in Deutschland. Es dauerte nicht lange, dann waren auch Auszüge aus den Ermittlungsakten im Umlauf, was die Gemüter weiter erhitzte. In der Moschee selbst muss es mehrmals zu lautstarken Auseinandersetzungen gekommen sein, einmal rückte sogar eine Einsatzhundertschaft an, vorsichtshalber.

Es soll sogar im Zuge der neuen Vorstandswahl Polizei-Einsätze gegeben haben:

Der Imam ist noch im vergangenen Jahr zurückgetreten, zu groß war der Druck. Auch vom Posten des Vereinsvorsitzenden

wollten ihn seine Gegner vertreiben, scheiterten aber zunächst an formalen Fehlern, ehe man sich kürzlich zur Mitgliederversammlung traf. Ob die Vorstandswahl juristisch Bestand hat, wird sich zeigen, denn wer wahlberechtigt ist im Moscheeverein, ist strittig. So strittig, dass auch während dieser Versammlung die Polizei gerufen wurde, sie rückte mit mehreren Streifen an, doch der befürchtete Tumult blieb aus. Wenige Tage später wurde sie wieder alarmiert, diesmal versiegelten die Beamten einen Büroraum im Moschee-Gebäude. Beide gegnerischen Lager sollen damit einverstanden gewesen sein, heißt es bei der Polizei. Jetzt solle ein Gericht die Rechtmäßigkeit der Wahl klären.

Das Verfahren wegen des Faustschlages wurde übrigens eingestellt, woran der entnervte Richter offensichtlich großes Interesse hatte:

Nach einer guten Stunde Verhandlung macht ihm das Gericht ein Angebot. Zwar warten noch weitere Zeugen vor der Tür, doch der Richter mag nicht mehr und bietet die Einstellung an, gegen ein paar hundert Euro Geldauflage und Schmerzensgeld sowie gemeinnützige Arbeit. Irgendwas sei schon passiert, da sei er sich sicher, sagt der Richter, das wiege aber nicht allzu schwer, da der Angeklagte ohne Vorstrafe und der Geschädigte kaum verletzt worden sei.

Ein Urteil könnte teurer werden, betont der Richter und ist froh, als der Angeklagte nickt. Dass noch immer reichlich unklar ist, warum und wie der deutsch-afghanische BRK-Mann zu Boden ging, spielt keine Rolle, der Richter wünscht sich Rechtsfrieden: „Schauen S‘, dass da Ruhe einkehrt in die Moschee. Das ist nicht der Ort, um sich zu schlagen.“

Der Richter hat ganz offensichtlich keine Ahnung vom Islam und seinen „Gebets“-Häusern, die gerne auch mal als Waffenlager genutzt und als „Kaserne“ bezeichnet werden. Hier der komplette SZ-Artikel [„Machtkampf in der Moschee“](#).

Herzog: Staatspleite und Zentralismus okay

✘ Der ehemalige Verfassungsrichter und Bundespräsident Roman Herzog (*Foto*, [Lebenslauf](#)) springt der Bundesregierung bei. Er hält Risiken, aus denen eine Staatspleite resultieren könnte, für legitim. Hingegen sei die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Zentralbank (EZB) mittlerweile verfassungswidrig. Seine Äußerungen erschienen heute in der [Wirtschaftswoche](#):

„Die Regierung ist in schwierigen Lagen berechtigt, sehr hohe Risiken einzugehen. Das Grundgesetz verbietet nicht die Staatspleite.“

Für die Klagen der ESM-Gegner sieht das CDU-Mitglied Herzog daher wenig Chancen. Im Hinblick auf die Schuldenkrise prophezeit Herzog ein Auseinanderdriften der europäischen Staaten bezüglich ihrer Kooperation untereinander. Dies dürfe man nicht aufhalten, aber es solle darauf geachtet werden, dass „nicht immer nur dieselben vertieft zusammenarbeiten“:

„Wenn die Krise richtig aufbricht, dann kommt das Europa vieler Geschwindigkeiten.“

Anders als bei den Risiken eines Staatsbankrotts sieht es nach Meinung Herzogs rechtlich bei der Geldpolitik aus, bei der Kompetenzen von der Bundesbank auf die EZB übertragen wurden. Hier sieht er nämlich einen Verstoß gegen geltendes Recht:

„Der Grundgesetzverstoß wäre es, wenn man zu lange wartet, diese Übertragung zu widerrufen“, sagte Herzog im Interview

mit der WirtschaftsWoche. „Ich bin da für schonungslose Drohungen in den Verhandlungen.“ Artikel 88 des Grundgesetzes schreibt vor, dass die Kompetenzen der Deutschen Bundesbank auf die EZB übertragen werden können, wenn diese „unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität verpflichtet“. Unter politischem Druck hatte die EZB ihre Finanzierungsregeln geändert und die Märkte mit einer Billion Euro geflutet.

Herzog ist der Meinung, dass es für die Übertragung von Haushaltsrechten von Deutschland an die EU / Eurozone keiner neuen Verfassung bedarf (wie sie zum Beispiel von Schäuble und der SPD gefordert wird):

„Diese Krise ist nur aus Fehlern entstanden. Ich muss also nicht die ganze Verfassung ändern, sondern nur die Fehler korrigieren und künftig vermeiden“

„Im vorausseilenden Gehorsam, quasi auf Vorrat gar eine neue Verfassung auf den Weg zu bringen, weil ich später einmal möglicherweise an Grenzen stoßen könnte, davor kann ich nur warnen.“

Selbst das Haushaltsrecht auf die europäische Ebene zu übertragen „halte ich für unproblematisch, solange es sich in sehr engen Grenzen hält.“

Der ehemalige Verfassungsrichter plädiert für eine Vereinheitlichung fiskalischer Strategien im Euroraum / in der EU (?):

Als Vorgabe aus Brüssel notwendig und zulässig sei „eine Reihe von Höchst- und Niedrigstgrenzen für verschiedene Finanz- und Haushaltsdaten, beispielsweise für die Staatsquote“. Auch solle Brüssel den maximalen Anteil der Personalkosten am Staatshaushalt und die mindeste Investitionsquote definieren. „Die Mitgliedstaaten können

selbst festlegen, wie die Gelder in so einem Korridor verteilt werden; also ob ein Staat viele Beamte hat, die schlecht bezahlt werden, oder wenige, die gut bezahlt werden.“ Entsprechende Regeln müssten aber mit Strafen gesichert werden. „Eines ist klar: Jede europäische Vorgabe braucht wirksame Sanktionen. Dieser Sanktionsmechanismus muss ein Automatismus sein.“ Sonst könnten die betroffenen Staaten im Rat Entscheidungen blockieren.

Was sagt der Altbundespräsident sonst noch zur „europäischen Integration“, die immer wieder beschworen wird?

„Das Bild eines europäischen Staates ist völliger Blödsinn. So etwas hat es nie gegeben.“

Auf Finanzminister Schäubles Vorschlag, zukünftig einen gemeinsamen europäischen Präsidenten zu wählen, antwortet Herzog:

„Das ist dummes Zeug.“

„Wie soll das alles gehen? Soll dann Herr Barroso in Niederbayern und in Mecklenburg auf den Marktplätzen Wahlkampf machen? Und die Bürger werden ihn alle verstehen, weil er ein bisschen Englisch spricht und im Übrigen auch Portugiesisch kann?“

Bezüglich Griechenland schlägt Herzog eine rein ökonomische Bilanzierung vor. Er hält die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone für „ideologisch“ bedingt:

„Das wäre für mich eine ganz einfache Abwägung: Was müssen wir zahlen, wenn die austreten, und was, wenn sie drinbleiben.“

„Dann ist es ein reines Rechenexempel, und wir machen die billigere Lösung.“

„Man hat die selbstverständlichen Voraussetzungen und Grundsätze nicht richtig festgeschrieben: Schwächere bekommen Hilfe, damit sie in 15 Jahren auf eigenen Beinen stehen können. Dafür gibt es Programme – und Kontrollen.“ Das sei aber nie passiert. Griechenland sei als Wiege der Demokratie aufgenommen worden. „Das war also die Ersetzung eines ökonomischen Arguments durch ein ideologisches oder historisches, das zudem auch noch falsch ist.“

Das Bild, das Herzog insgesamt malt, ist für den Bürger erschreckend: Ideologen zimmerten eine Währungsgemeinschaft, der man auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, weil die Bundesregierung angeblich so weit gehen darf, dass sie den Staatsbankrott riskiert. In dem geschaffenen EU-Gebilde oder Euro-Untergebilde soll eine Vereinheitlichung von Staatsquoten (also Steuer- und Abgabenlasten) erzeugt werden, die sich nicht mehr nach der einzelnen Volkswirtschaft, sondern nach einem planwirtschaftlichen, sanktionierten Zentralismus zu richten hat. Als Bürger fragt man sich ernsthaft, welche Zukunft einen hier erwartet, zumal die demokratischen Mitsprachemöglichkeiten erheblich beschränkt sind. Wo sind denn eigentlich die Parteien, die für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und ökonomische Vernunft stehen? Was sagt beispielsweise unsere „liberale Steuersenkungspartei“ FDP dazu?